

Griechenland

NIKOS FRANGAKIS

Zwischen Herbst 1996 und Frühling 1997 prägten zwei wesentliche Ereignisse die griechische politische Szene. Im vergangenen September hat die regierende Partei PASOK – unter ihrem neu gewählten Präsidenten Simitis – die Wahlen gewonnen. Eine neue Regierung mit einem „innovativeren“ Profil wurde gebildet, die jedoch auch eine pro-europäische Haltung des Landes repräsentiert. Sechs Monate später wählte die besiegte Hauptoppositionspartei Neue Demokratie einen neuen Parteiführer: Karamanlis (ein Neffe des gleichnamigen ehemaligen Präsidenten der Republik und Gründers der Partei).

Der Kern der wirtschaftspolitischen Interessen der neuen Regierung ist die strikte Durchführung des Konvergenzprogrammes, um das Land baldmöglichst in die Reichweite der Maastricht-Kriterien zu bringen. Obwohl mittlerweile akzeptiert wurde, daß die Teilnahme am dritten Stadium der Wirtschafts- und Währungsunion nicht vor 2002 in Aussicht genommen werden kann, bleiben die Ziele des Konvergenzprogrammes unverändert und werden durch strengere Maßnahmen, die im Staatsetat für 1997 und der dazugehörigen Steuerpolitik zum Ausdruck gebracht wurden, ergänzt. Die Folgen davon sind eine schon wesentlich niedrigere Inflationsrate (unter 6%) und eine konsequente Reduzierung der Zinssätze, die bereits eine einstellige Zahl erreicht haben. Die Athener Börse zeigt eine spektakuläre Entwicklung, während die Drachme ihre Stellung als „harte Währung“ zum Zwecke der internen Stabilisierung beibehält. Dies bietet somit attraktivere (obgleich spekulative) Anlagemöglichkeiten. Andererseits kommt eine bestimmte soziale Unruhe auf, die ihren Ursprung in der sehr strengen Tarifpolitik hat. Hinzu kommen die geäußerten Absichten, die Sozialleistungen langfristig zu kürzen und die Aussicht auf umfassende Veränderungen der Beschäftigungsgesetze.

Während der vergangenen zwölf Monate war das öffentliche Interesse primär auf die türkischen Aggressionen gegenüber Griechenland gerichtet, die die griechische territoriale Integrität in Frage stellen. Obwohl die europäischen Partner Griechenlands eine gewisse Solidarität gezeigt haben,¹ herrscht unter den Griechen der allgemeine Eindruck einer geringen Sensibilität der anderen EU-Mitgliedstaaten für die Probleme Griechenlands in bezug auf seinen östlichen Nachbar. Dies hat ein noch tieferes Mißtrauen gegenüber der EU und ihren Institutionen zur Folge.

Griechenland und die Regierungskonferenz 1996

Nach Veröffentlichung der offiziellen Position Griechenlands² in der Regierungskonferenz hat sich die griechische Regierung besondere Mühe gegeben, ihre aktive Teilnahme an den Verhandlungen fortzusetzen. Im Außenministerium wurde eine

Spezialeinheit mit dem Auftrag eingesetzt, die griechischen Vertreter bei der Regierungskonferenz zu unterstützen. Kürzlich versuchte das Außenministerium, den Dialog mit Forschungsinstituten und Nichtregierungsorganisationen zu erweitern.

Das hohe Interesse der Regierung Simitis an der Regierungskonferenz ist in einem Brief des Ministerpräsidenten an seinen irischen Kollegen am Vorabend des Europäischen Rates in Dublin zum Ausdruck gekommen: „Griechenland möchte eine aktive Rolle in der Vertiefung und Erweiterung Europas spielen“. Im gleichen Brief drückt Simitis die Hauptbedenken der Politik seines Landes aus: „Griechenland ist mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, bestimmte Erfordernisse der Integration aufgrund der andauernden türkischen Aggressionen zu erfüllen. So läßt zum Beispiel die Notwendigkeit, einem neuen Rüstungsprogramm der mittleren Preislage zuzustimmen, das Ausgaben in Höhe von 1% des Bruttoinlandsproduktes verursacht, die rechtzeitige Erfüllung der Maastricht-Kriterien fast unerreichbar werden. Der gleiche Grund beeinflußt unsere Position in der Regierungskonferenz bezüglich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Europäische Union sollte die notwendige Sensibilität und Solidarität (gegenüber Griechenland) zeigen.“ Die griechische Regierung hielt den allgemeinen Entwurf der irischen Präsidentschaft für die Revision des Maastrichter Vertrages (Dublin-II-Text) für eine gute Verhandlungsbasis, da sich die griechische Position zufriedenstellend widerspiegelte. Der Nachtrag der niederländischen Präsidentschaft zu Dublin II wurde mit einer gewissen Besorgnis bezüglich der Menschenrechte im Rahmen der dritten Säule und insbesondere der Regelungen betreffend Flüchtlinge und Asylbewerber entgegengenommen. Europol sollte zwar gestärkt werden, jedoch in einem vernünftigen Rahmen.

Die speziellen Themen der Regierungskonferenz

Griechenland hat schon früh im Prozeß der Regierungskonferenz die Frage der Grenzsicherheit gestellt, und zwar nicht aus der Perspektive der dritten Säule, sondern aus der der Solidarität der EU im Falle von wahrgenommenen Bedrohungen für ihre territoriale Integrität. Dies ist noch immer ein Hauptthema für Griechenland in den Verhandlungen.³ Es ist weder klar, mit welcher „Grenz-Klausel“ sich Griechenland zufriedengeben würde, noch welches politische Kapital investiert werden soll, um ein offenes Ohr für diese Position im letzten Stadium der Verhandlungen zu finden.

Griechenland zeigt sich unerbittlich bei der Beibehaltung der Einstimmigkeit, besonders für GASP-Angelegenheiten, und seiner Position für die Verstärkung der Mechanismen der zweiten Säule. Griechenland trat sowohl für ein ausgeprägteres Verteidigungselement inklusive einer eindeutigeren Formulierung des Art. J 4.1 EUV, die Eingliederung von Initiativen des Types „Petersberg“ in den Vertrag über die Europäische Union, als auch die allmähliche Eingliederung der Westeuropäischen Union in die EU ein. Eine neue Rolle der Kommission sowie eine erneuerte Troika-Struktur werden in Aussicht genommen. Diese Position sollte angesichts

der spezifischen Sicherheitslage, in der sich das Land befindet, verstanden werden. Eine Abschwächung der Position in dieser Angelegenheit wurde nicht ausgeschlossen; diese wird vielmehr von „dem allgemeinen Ergebnis der Verhandlungen“ abhängig gemacht.

Was die „Flexibilität“ betrifft – das aktuelle Codewort für eine Union, die bei variabler Geschwindigkeit nach „verschiedenen“ Formen der Integration sucht, das wenige oder gar keine Wahlmöglichkeiten für diejenigen Mitgliedern läßt, die unfähig oder unwillig sind, die Standpunkte der Mehrheit bei Fragen von entscheidendem nationalem Interesse anzunehmen – sind sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung Griechenlands nachdrücklich dagegen. Flexibilität würde die EU zu einem verstärkten Auseinanderlaufen und nicht zu der angestrebten Annäherung führen. Deshalb unterstützte Griechenland substantielle und verfahrensrechtliche Einstimmigkeitserfordernisse für etwaige Schritte in Richtung „flexiblerer“ Formationen. Es gibt jedoch eine Ausnahme: Insofern eine differenzierte Integration genutzt werden kann, um Fortschritte für eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu erzielen, scheint Griechenland toleranter bezüglich einer Flexibilität in der zweiten Säule zu sein.

Ein kürzlich hinzugefügter Punkt ist die Idee eines europaweiten Referendums für Fragen von entscheidender Bedeutung, welcher im letzten Stadium der Verhandlungen der Regierungskonferenz von Griechenland präsentiert wurde. Dieser Vorschlag kombiniert die Neigung der griechischen Verhandlungsposition zur Schaffung einer hohen Transparenz der Entscheidungsverfahren mit seinem Interesse an einer Weiterentwicklung der Unionsbürgerschaft. Ein weiterer Vorschlag Griechenlands ist es, die europäische Unionsbürgerschaft mit sozialen und wirtschaftlichen Rechten zu bereichern. Einem Memorandum der griechischen Regierung zufolge soll den bestehenden Vertragsbestimmungen eine allgemeine Klausel gegen Diskriminierung zum Abkommen sowie spezifische Bestimmungen zum persönlichen Datenschutz hinzugefügt werden.

Teil der griechischen Position ist auch die Forderung nach einer Verstärkung des Umweltschutzes sowie der Bestimmungen für die Entwicklungshilfe. Andere Punkte, die Griechenland unterstützt sind:

- die kulturelle Gleichheit/Parität unter den Mitgliedstaaten;
- die Annahme besonderer Vertragsbestimmungen für Jugendliche;
- die Entwicklung einer Gemeinschaftspolitik für Touristik;
- die Entwicklung einer wirksamen Energiepolitik;
- eine Gemeinschaftspolitik für die Inseln der Union;
- die Bekämpfung des Finanzbetruges innerhalb der Gemeinschaft;
- die Effektivierung der gemeinsamen Handelspolitik, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen.

Griechenland befürwortet außerdem die Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Gerichtshofes, die künftig auch die Grundrechte umfassen sollen. Das individuelle Klagerecht soll vorgesehen werden. Auch spezielle Bestimmun-

gen für die richterliche Kontrolle einiger Bereiche der zweiten und dritten Säule sollten eingeführt werden.

Die WWU und die Konvergenzproblematik

Griechenland beobachtete mit einer gewissen Verwunderung die Art, in der die Diskussion über die WWU und die Gemeinschaftswährung im Prozeß der Regierungskonferenz unterdrückt wurde. Während die frühe Teilnahme an der dritten Stufe der WWU von Anfang an ausgeschlossen zu sein schien, gab es dennoch die Hoffnung, daß eine gewisse politische Verhandlungsfähigkeit verfügbar bleiben würde, so daß ein Beitritt der griechischen Wirtschaft zu einem angemessenen späteren Zeitpunkt in Erwägung gezogen werden könnte.

Seit der Wahl der Regierung Simitis im letzten September kann sowohl eine Veränderung in der Haltung zur WWU als auch ein Überdenken der Politik hinsichtlich einer Beteiligung beobachtet werden. Da sich die griechische Wirtschaft nicht wesentlich von den anderen europäischen Wirtschaften unterscheidet, keine „spezifischen“ Besonderheiten aufweist, haben praktisch nur wirtschaftspolitische Entscheidungen, die aber permanent korrigiert werden können, die Griechen in eine so große Ferne zur WWU-Beteiligung gebracht.⁴

Trotz wachsender sozialer Unruhe ist die Neuorientierung der Politik nicht auf die andauernde und in hohem Maße stabile Ausführung des Konvergenzprogrammes begrenzt. Seit den ersten Wochen des Jahres 1997 werden strukturelle Maßnahmen bezüglich der Flexibilität des Arbeitsmarktes, der Eindämmung der Sozialleistungen sowie der Reform des öffentlichen Sektors in Erwägung gezogen. Um die Ausführung einer solchen Politik zu ermöglichen, wurde ein spezielles Verfahren des „sozialen Dialoges“ erstellt.

Diese Veränderungen begründen das steigende Interesse der Griechen daran, daß dieselbe Behandlung, die dem letzten Bewerber der ersten Runde der 3. Stufe angeboten wurde, auch jene Mitgliedstaaten erfahren, die später beitreten wollen oder die Kriterien später erfüllen.

Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Karlyn Neusatz, freie Übersetzerin, München.

- 1 Vgl. die Erklärung der EU-Außenminister v. 15. Juli 1996; vgl. auch die Resolution des Europäischen Parlamentes v. 19. September 1996.
- 2 Vgl. Greece's Contribution for a European Union with Political and Social Content, in: Hellenic Republic: European Perspectives, Economic and Foreign Policy Issues, Ministry of Foreign Affairs and Ministry of Press

and Mass Media, 1997.

- 3 Der griechische Außenminister Pangalos hat in einem Brief an seinen irischen Kollegen, der zu dieser Zeit den Ratsvorsitz innehatte, die große Bedeutung der Prinzipien Solidarität und gegenseitige Unterstützung im Fall von Verletzungen der Außengrenzen hervorgehoben.
- 4 Vgl. Dimeli, S., T. Kollintzas, N. Christodoulakis: Economic fluctuations and growth in Greece and in Europe, Athen 1997.